

PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt am Main, 3. September 2019

Keine Aktiensteuer, Herr Scholz!

In einem Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz warnt Dr. Hans-Ulrich Engel, Präsident des Deutschen Aktieninstituts, vor negativen Folgen der geplanten Aktiensteuer für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft. Die Aktiensteuer dürfe weder auf europäischer Ebene noch in einem Alleingang Deutschlands weiterverfolgt werden.

„Wir sind besorgt über die Pläne des Bundesfinanzministers, eine Aktiensteuer einzuführen“, betont Dr. Hans-Ulrich Engel. In einem persönlichen Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz weist Engel insbesondere auf drei negative Effekte der geplanten Aktiensteuer hin: Die Altersvorsorge mit Aktien werde erschwert, Mitarbeiteraktienprogramme verteuert und die Bereitstellung von Kapital über die Börse gefährdet. „Sparer, Kleinanleger und Mitarbeiteraktionäre werden zur Kasse gebeten und die Unternehmensfinanzierung über die Börse wird unattraktiver. Für den Finanzstandort Deutschland ist das Gift“, warnt Engel.

Nicht nur auf die rund zehn Millionen Aktionäre und Aktionärinnen in Deutschland wirke sich die Aktiensteuer nachteilig aus, sondern auch auf die Möglichkeit, das deutsche Rentensystem mit Aktien zukunftsfest zu machen. Deutschland muss aufgrund des demographischen Wandels verstärkt auf Aktien in der Altersvorsorge setzen, um die jüngeren Generationen zu entlasten. Eine Aktiensteuer wäre hier kontraproduktiv.

Gleiches gilt für Mitarbeiteraktienprogramme. Mit Belegschaftsaktien können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erfolgen der deutschen Wirtschaft beteiligt werden. Würden Mitarbeiteraktienprogramme durch die Steuer verteuert, würde die Verbreitung von Belegschaftsaktien erschwert. Genau das Gegenteil liegt aber im Interesse des Vermögensaufbaus und der Altersvorsorge der Beschäftigten.

Auch auf die Unternehmensfinanzierung über die Börse hätte die Steuer negative Auswirkungen. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen und vor allem die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen, brauchen Unternehmen Zugang zu Kapital. Der Börsengang ist hier das Mittel der Wahl. Bestrebungen auf europäischer Ebene, im Rahmen der „Kapitalmarktunion“ die

Deutsches Aktieninstitut e.V. • Senckenberganlage 28 • 60325 Frankfurt am Main • Telefon +49 69 92915-0 • Fax +49 69 92915-12
E-Mail dai@dai.de • Internet www.dai.de • Vereinsregister VR 10739 (Amtsgericht Frankfurt am Main) • USt-ID-Nr. DE 170399408

Präsidium: Dr. Hans-Ulrich Engel (Präsident) • Carsten Knobel • James von Moltke • Wolfgang Nickl • Hauke Stars • Dr. Günther Thallinger • Prof. Dr. Ralf P. Thomas • Dr. Jens Weidmann • Harald Wilhelm • Jens Wilhelm • Geschäftsführender Vorstand:
Dr. Christine Bortenlänger

Finanzierung über die Börse europaweit zu stärken, würden ebenfalls durch eine Aktiensteuer konterkariert.

„Wir brauchen einen besseren Zugang zu Kapital, denn nur so wird es gelingen, die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen und Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Eine Aktiensteuer weist dabei in die völlig falsche Richtung“, mahnt Engel.

Hintergrund:

Mit einer Finanztransaktionssteuer, die seit 2009 auf EU-Ebene verfolgt wird, sollte die Finanzbranche an den Kosten der Finanzkrise beteiligt, Spekulation eingedämmt und hohe Steuereinnahmen generiert werden. Da die meisten EU-Mitgliedstaaten die Einführung einer solchen Steuer ablehnen, wird das Projekt aktuell nur noch von zehn Mitgliedstaaten im Rahmen der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit verfolgt, darunter Deutschland und Frankreich.

Bundesfinanzminister Scholz plant, den Kauf von Aktien von Unternehmen, die einen Börsenwert von mehr als einer Milliarde haben, zu besteuern. An den erhofften EU-Gesamtsteuereinnahmen in Höhe von 3,5 Milliarden sollen auch Länder wie Slowenien und Slowakei beteiligt werden, die mangels großer börsennotierter Unternehmen keine eigenen Einnahmen aus einer Aktiensteuer erzielen würden. Diese Quersubventionierung ist notwendig, weil die verstärkte Zusammenarbeit an ein Mitgliedstaatenquorum von neun Ländern gebunden ist. Springen Slowenien und die Slowakei ab, lässt sich die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene nicht weiterverfolgen. Dann droht ein deutscher Alleingang.

Den Brief finden Sie [hier](#).

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Uta-Bettina von Altenbockum

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 69 92915-47

E-Mail presse@dai.de

Seit 1953 vertritt das Deutsche Aktieninstitut e.V. die Interessen der kapitalmarktorientierten Unternehmen, Banken, Börsen und Investoren. Unsere Mitglieder repräsentieren 85 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften. Im engen Dialog mit der Politik arbeiten wir konstruktiv an der Entwicklung von Kapitalmärkten und deren

Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist zudem, die Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument in Deutschland zu fördern. Zu unseren Kernthemen zählen die Kapitalaufnahme über Primärmärkte, der Handel von Wertpapieren und die Rechte und Pflichten von Vorständen, Aufsichtsräten und Aktionären. Wir führen zudem die Geschäftsstelle der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Von der Rhein-Main-Metropole Frankfurt aus stehen wir in regelmäßigem fachlichen Austausch mit unseren Mitgliedern und bringen ihre Positionen über unser Hauptstadtbüro in Berlin und unser EU-Verbindungsbüro in Brüssel in die Gesetzgebungsprozesse ein. Nähere Informationen zum Deutschen Aktieninstitut finden Sie unter www.dai.de.